

An den  
Präsidenten des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien Österreich

Wien, am 25.1.2019

**Stellungnahme zu 8/PET v 28.9.2018 (XXVI.GP)**

Sehr geehrter Herr Präsident Mag. Sobotka!

Die Freiheit der Kunst ist die Grundlage für die Selbstreflexion der Gesellschaft. Künstlerisches Schaffen ohne gesellschaftspolitischen Bezug gibt es nicht.

Der Dachverband der Österreichischen Filmschaffenden begrüßt diese Petition und dankt der parlamentarischen Opposition für das Einbringen derselben nicht nur, weil KünstlerInnen und damit KollegInnen von uns betroffen sind. Die Petition ist ein leider dringend notwendiger Schritt um einer Entwicklung entgegenzutreten, die mit System und seit geraumer Zeit unser gesellschaftliches und demokratisches Klima auf verschiedenen Ebenen aushöhlt. Besonders betroffen davon sind der parlamentarische Diskurs, die mediale Berichterstattung, so wie die sozialen Netzwerke.

Österreich befindet sich in einer Lage, in der der gebührenfinanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk als Garant für die mediale Präsenz der Kunst und damit für die Vielfalt und die Kontroverse garantierten muss, während er andererseits zweifelsohne einen medial dominierenden Charakter hat. Politische Einflussnahme und Einschüchterung auf das Leitmedium sind daher genauso wie durch es mit besonderer Aufmerksamkeit zu verfolgen und frühzeitig zu unterbinden. Die österreichischen Filmschaffenden stehen in einem direkten Abhängigkeitsverhältnis zum öffentlich-rechtlichen Fernsehen, welches Machtmissbrauch auf Grund der Struktur grundsätzlich ermöglicht, und daher einer permanenten Überprüfung unterzogen werden muss. Die politische Auseinandersetzung zu den Themen Medien und Kunst wird dabei polemisch und meist unsachlich anstatt ausschließlich unter dem Dogma der Freiheit von Meinung und Kunst geführt.

Demokratie bedeutet Pluralismus, Vielfalt und Freiheit von Meinungen. In der demokratischen Debatte muss es daher auch möglich sein, KünstlerInnen, JournalistInnen oder PolitikerInnen zu kritisieren oder ihre Meinungen fallweise auch zugespitzt infrage zu stellen. Unverzichtbar ist dabei aber, innerhalb des Diskurses das Spielfeld der Demokratie nicht zu verlassen. Das aber tut die Freiheitliche Partei und ihre ProponentInnen mit ihren verbal gewaltsamen Übergriffen auf Winkler, Köhlmeier und Ambros nicht zum ersten Mal oder aus einer spezifischen Situation heraus, sondern vielmehr mit System und über einen Jahrzehnte lang andauernden Zeitraum hinweg.

Auch durch die neuerliche Regierungsbeteiligung hat diesbezüglich leider kein Wandel zur Verantwortung hin stattgefunden – weder inhaltlich noch formal, und so ist es fahrlässig, die Systematik dieses Handelns nicht erkennen oder gar tolerieren zu wollen. Diese mit Absicht geführten Schläge gegen die Demokratie suchen nämlich nicht den Diskurs, ihre Ziele sind einzig und allein Einschüchterung und Mundtotmachen

der Opfer, so wie Polarisierung und Radikalisierung der Bevölkerung. Gerade die Parlamentsdirektion als der Grundpfeiler der Demokratie ist hier aufgerufen, unmissverständlich tätig zu werden.

Die in der Petition von Drozda, Schellhorn und Zinggl beschriebene „Diffamierung und Verunglimpfung von Künstlern“ durch PolitikerInnen stellt einen Übergriff dar, dessen Tragweite wesentlich weiter reicht, als der beschriebene Tatbestand. Die hier angegriffenen Künstler sind nicht nur höchst renommiert, sie sind auch in der Lage, sich zur Wehr zu setzen und tun das dankenswerterweise auch. All jene aber, die nicht zur Spitze des österreichischen, deutschsprachigen und in einigen Fällen sogar internationalen Kulturschaffens zählen, werden durch diesen Machtmissbrauch massiv eingeschüchtert. Sie bedürfen dringend des Schutzes durch das Parlament.

Aus der so verursachten Angst entstehen nämlich Gefälligkeit und Anbiederung, dem eigentlichen Ziel der Systematik, welches man unter dem Begriff „Gleichschaltung“ zusammenfassen kann. Wozu das führt, können wir an der eigenen Geschichte hinlänglich ablesen, oder an anderen diktatorischen oder autokratischen Regimen in allen Epochen, auch der Gegenwart, nachvollziehen.

Die Liste der Übergriffe und Einzelfälle ist lang und erstreckt sich über Jahrzehnte, durch sie wird der gesellschaftliche Zusammenhalt systematisch und absichtlich mit dem Ziel ausgehöhlt, diesen zum Einsturz zu bringen. Verunglimpfung von JournalistenInnen durch Regierungsmitglieder, unbegründete Klagsdrohungen gegen SchauspielerInnen, Diffamierung von AutorInnen, Verhetzung bei öffentlichen Aufführungen, Auftritte und Reden bei rechtsradikalen Treffen von Abgeordneten im In- und Ausland, Huldigung von NS – Größen im Rahmen von Gedenkfeiern, Verbreitung von rechtsradikalen und neonazistischen Inhalten, Inserate und Beiträge in einschlägigen demokratifeindlichen Publikationen wie Zur Zeit, Aula oder unzensuriert.at erreichen eine Radikalisierung der Bevölkerung, die allzu leicht außer Kontrolle gerät. Vor allem die bösartige Diffamierung von KünstlerInnen, JournalistInnen, WissenschaftlerInnen und politisch Andersdenkenden hat, wie Sie wissen, einen Vorbild - Effekt, der zu Dammbrüchen in den sozialen Netzwerken führt, die ohne Übertreibung an die Beschreibungen Carl Zuckmayers vom Wien im März 1938 erinnern. Es ist vollkommen unkontrollierbar, wann sich diese Dammbrüche auf der Straße manifestieren, die Wahrscheinlichkeit aber, dass sie es tun, steigt von Tag zu Tag. Der Vergleich zu den Geschehnissen in der Ersten Republik, speziell im Zeitraum zwischen 1927 und 1938 wird gerne als überzogen oder ungerechtfertigt abgetan. Allerdings wird dieser Vergleich von den alleinigen Verursachern dieser Übergriffe, den Abgeordneten, Ministern, Parteimitgliedern und Sympathisanten der FPÖ wissentlich und willentlich herbeigeführt. Gerade die Haltung des Vizekanzlers zur österreichischen Kultur und Kunst ist seit Jahrzehnten bekannt und stellt ein großes Problem dar, weil der politische, parlamentarische und leider auch mediale Umgang damit seine ideologische Nähe zu Totalitarismus und Neonazismus weitgehend außer Acht lässt und damit stillschweigend legitimiert<sup>1</sup>. Eindeutig antisemitische Äußerungen, die ebenfalls der Polarisierung der Gesellschaft, der Einschüchterung der Opfer und der Radikalisierung der eigenen Parteianhänger dienen, finden mit Absicht statt. Die rassistischen Ausfälle und pauschalen Herabwürdigungen von Angehörigen anderer Glaubensrichtungen, Hautfarbe, sexueller Orientierung, anderen Geschlechts oder anderer Herkunft tragen in derselben Tonalität wie die Übergriffe auf KünstlerInnen nachhaltig zur Radikalisierung der Bevölkerung bei, und verfolgen klar erkennbar das Ziel, die Zweite Republik in eine „illiberale Demokratie nach ungarischem

---

<sup>1</sup> siehe Kurier v. 11.11.2018 <https://kurier.at/politik/inland/fabian-eder-88-ein-oesterreichisches-gedenk Jahr/400319649>

Vorbild“ umzuwandeln. Dieser Vorgang entspricht jener Wirkungsweise, durch die der Deutschnationalismus zum Nationalsozialismus und in der Folge zum Holocaust geführt hat<sup>2</sup>.

Mit nichts anderem kann eine Demokratie verteidigt werden, als mit demokratischen Mitteln. Und nichts anderes gefährdet eine Demokratie mehr, als vermeintlich demokratische Vorgänge. Wenn innerhalb einer durch Wahlen legitimierten Regierungszusammenarbeit verschiedener Parteien aber das Korrektiv durch den Koalitionspartner ausbleibt, ist höchste Gefahr im Verzug, und andere Institutionen einer Demokratie sind gefragt, diese zu verteidigen.

Der Dachverband der Österreichischen Filmschaffenden ersucht die Parlamentsdirektion daher um die uneingeschränkte Unterstützung dieser Petition, so wie um Maßnahmen, die einer weiteren Radikalisierung Einhalt gebieten, Minderheiten schützen, und nicht nur Glaubens- und Meinungsfreiheit sicherstellen, sondern Individuen und Personengruppen aus den Bereichen Kunst, Kultur, Wissenschaft und Religion in Zukunft präventiv vor den Übergriffen durch Regierungspolitiker schützen.

Hochachtungsvoll,



Fabian Eder  
Obmann des Dachverbands der Österreichischen Filmschaffenden

---

<sup>2</sup> vergl. „Der Holocaust im Leben von drei Generationen“, Gabriele Rosenthal, Psychosozial Verlag 1997